



POSITION DER AGENTUR ZU INKLUSIVEN BILDUNGSSYSTEMEN

Zweite Ausgabe

Dieses Papier enthält die aktualisierte Fassung, d. h. die zweite Ausgabe, der 2015 veröffentlichten Position der Europäischen Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung („Agentur“) zu inklusiven Bildungssystemen. Hier können die einvernehmliche Formulierung des Zukunftsbilds für inklusive Bildungssysteme und die wichtigsten Merkmale dieser Systeme nachgelesen werden. In einem separaten **Hintergrundpapier** wurden Nachweise und Literatur zusammengetragen, die in die 2022 aktualisierte Fassung des Positionspapiers der Agentur eingeflossen sind.

Dieses Zukunftsbild zu inklusiven Bildungssystemen soll letztendlich als Anspruch – als Ziel und als Horizont – verstanden werden, woran alle Mitgliedsländer der Agentur ihre Politikgestaltung ausrichten können. Die Agentur ist bestrebt, ihre Mitgliedsländer beim Erreichen dieses Ziels effektiv zu unterstützen, und ist sich dabei bewusst, dass für alle diese Länder unterschiedliche Voraussetzungen gelten, was ihren Standpunkt und ihre Maßnahmen rund um das Zukunftsbild für inklusive Bildungssysteme anbelangt. Aus diesem Grunde stellt das Zukunftsbild den Ausgangspunkt für die weitere Arbeit mit den Mitgliedsländern dar und liefert die entsprechende Inspiration für die kommenden Jahre.

Beim Rückblick auf 25 Jahre der Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern hält die Agentur fest, dass das Zukunftsbild für inklusive Bildungssysteme, das 2015 im Positionspapier gezeichnet wurde, nach wie vor Bestand hat:

Allen Lernenden jeglichen Alters werden sinnvolle und hochwertige Bildungsmöglichkeiten in ihrer lokalen Gemeinschaft und im Umfeld von Freunden und Gleichaltrigen angeboten.

Die Rahmenbedingungen für die Arbeit auf internationaler und europäischer Ebene haben sich jedoch inzwischen maßgeblich geändert. Da es unerlässlich ist, für die Aktualität des Positionspapiers der Agentur zu sorgen, wird mit diesem Dokument eine Aktualisierung der ursprünglichen Fassung von 2015 bereitgestellt.

Die Herausforderungen, vor denen Bildungssysteme in ganz Europa stehen, werden immer größer. Die Ursachen dafür sind in Konflikten, in der Migration, in Pandemien, im Klimawandel, in der technologischen Entwicklung und in gesellschaftlichen Veränderungen zu finden. Viele dieser Herausforderungen können Ungleichheiten verschärfen, die laut **Global Education Monitoring Report 2020** [Weltbildungsbericht 2020] häufig mit Folgendem im Zusammenhang stehen:

... Geschlecht, Wohnort, Vermögen, Behinderung, Ethnizität, Sprache, Migration, Vertreibung, Inhaftierung, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Ausdruck der Geschlechtlichkeit, Religion und andere Überzeugungen und Einstellungen (UNESCO, 2020, S. 4).

Im Rahmen der nationalen Gesetzgebung und Politik müssen die Rechte aller Lernenden anerkannt werden, und es muss aktiv verhindert werden, dass Lernende, für die aus unterschiedlichen Gründen das Risiko besteht, von inklusiver Bildung und Erziehung ausgegrenzt zu werden, diskriminiert, stereotypisiert und marginalisiert werden.

Die aktuelle Konfliktsituation in der Welt und die COVID-19-Pandemie liefern reichlich Gründe zum Nachdenken: Wie resilient sind Bildungssysteme und wie können sie alle Lernenden auf das Leben in einer zunehmend unsicheren Zeit vorbereiten? Angesichts des deutlichen Einflusses auf die Lernprozesse, die geistige Gesundheit und das Wohlbefinden junger Menschen werden laut der Veröffentlichung der UNESCO **Reimagining our futures together** [Neuer Ansatz für die Gestaltung unserer Zukunft] (International Commission on the Futures of Education, 2021) Überlegungen zu einem neuen Gesellschaftsvertrag für Bildung und



Erziehung angeregt. Dadurch zeigt sich, wie wichtig es ist, dass **Bildung und Erziehung, die zu den grundlegendsten Menschenrechten gehören, zu einem „gemeinsamen gesellschaftlichen Auftrag“ werden müssen, bei dem das Vermögen eines jeden zu Umsicht und Kooperation auf allen gesellschaftlichen Ebenen gestärkt werden sollte.**

Die Vorteile der Inklusion für die Gesellschaft, den Bereich Bildung und Erziehung und die Finanzwirtschaft sind bereits umfassend nachgewiesen worden. Dennoch müssen sich alle Länder nach wie vor dringend der politischen sowie der bedeutenden ethischen Notwendigkeit stellen, Gesellschaften hervorzubringen, die stärker inklusiv geprägt sind. Im Zuge einer erneuten Bekräftigung ihrer Verpflichtung zu den **Zielen nachhaltiger Entwicklung** sollten Länder **für größere Klarheit in Bezug auf die Grundsätze sorgen, die einem ganzheitlicheren Konzept für Investitionen in die Qualität für alle Lernenden zugrunde gelegt werden.**

In die landesspezifischen rechtlichen Regelungen müssen die Verpflichtungen aufgenommen werden, die in internationalen Übereinkommen und europäischen Mitteilungen dargelegt sind, um so Gleichheit und Antidiskriminierung zu verankern. Mit der Gesetzgebung sollte der uneingeschränkte und gleichberechtigte Zugang zu inklusiver Bildung und Erziehung ohne Diskriminierung sichergestellt werden. In den Gesetzestexten muss klar herausgestellt werden, dass Diskriminierung in unterschiedlichen Formen zum Ausdruck kommen kann: als Segregierung oder auch als unterlassene Anpassungen, die erforderlich sind, um in puncto Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen eine absolute Gleichstellung zu gewährleisten.

In Gesetzgebung und Politik sollte der Schwerpunkt verstärkt auf Konzepten für Prävention und Intervention liegen, damit alle Lernenden die Möglichkeit zur Überwindung von Lernbarrieren und zur vollen Teilhabe erhalten, aber auch auf dem erklärten Ziel, dass alle Lernenden jeden Alters in ihrer lokalen Gemeinschaft und im Umfeld von Freunden und Gleichaltrigen Bildung und Erziehung genießen.

Zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen ist es besonders wichtig, dass **sich alle Bildungsakteure um ein breiteres Verständnis für inklusive Bildung und Erziehung bemühen und sie ALLE Lernenden einbeziehen** (UNESCO, 2020). Das bedeutet, dass **Diskriminierungs-, Stereotypisierungs- und Marginalisierungsmechanismen beseitigt werden, damit niemandem mehr Lernmöglichkeiten in der eigenen Schule oder Gemeinschaft verwehrt werden.** Nationale Strategien zugunsten bestimmter Minderheiten sollten so erweitert werden, dass das Recht auf Bildung durchgesetzt wird und dass garantiert wird, dass jeder einzelne Lernende von Bedeutung ist.

Im Kern der Zukunftsplanung steht die Notwendigkeit, dass über die Bedeutung von inklusiver Bildung und Erziehung Klarheit herrscht. **Inklusion in Bildung und Erziehung sowie Gerechtigkeit sollten nicht als voneinander unabhängige politische Bereiche angesehen werden, sondern als Grundsätze, die bei der gesamten Politik eines Landes eine Rolle spielen und ihr zugrunde gelegt werden.** Dazu gehören Regierungsführung, Lehrpläne, Assessment, Qualitätssicherung, Monitoring und Evaluation, Lehrer/innenbildung sowie Finanzierung und Ressourcenzuweisung.

Ganz wesentlich für ein hochwertiges Angebot ist die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen durch die Bereitstellung von Möglichkeiten für professionelles Lernen. Mit der Erlangung dieser Kompetenzen müssen alle Lehrkräfte in der Lage sein, die Erfolge, Ergebnisse und Outputs des gesamten Bildungssystems zu steigern. Lehrkräfte sollten mit dem nötigen Rüstzeug ausgestattet werden, um den Lehrplan so anpassen oder verändern zu können, dass allen Lernenden sinnvolle Chancen geboten werden können, ohne dafür auf alternative oder gesonderte Lehrpläne zurückzugreifen. **Personalisierte Konzepte sollten so entwickelt werden, dass alle Lernenden einbezogen werden, ihre aktive Beteiligung unterstützt wird und sie ein aktives Mitspracherecht im Lernprozess haben.**

Für die flexible Finanzierung und gerechte Ressourcenzuweisung sollte im Mittelpunkt stehen, dass **Schulen und Gemeinschaften ihre Fähigkeit verbessern, der Diversität gerecht zu werden und alle Lernenden zu fördern.** Im Rahmen von



Finanzierungskonzepten müssen die sich überschneidenden Bedürfnisse der Lernenden Berücksichtigung finden. Es zeigt sich immer deutlicher, dass es bei der Identität der Lernenden Überschneidungen gibt und dass eine Identität häufig mehrere Dimensionen der Diversität in sich vereint. Aufgrund der Zusammensetzung der Identität eines Lernenden kann die betreffende Person verschiedenen Arten von Diskriminierung und Nachteilen ausgesetzt sein. Es liegt auf der Hand, dass das Verwenden von Etikettierungen für Lernende, insbesondere als Entscheidungshilfe dafür, ob Ressourcen oder der Zugang zu Ressourcen bereitgestellt werden, einen nachteiligen Einfluss auf die Gerechtigkeit haben.

Vor dem Hintergrund dieser wachsenden Erkenntnis, was die Diversität und Komplexität von Lernenden anbelangt, ist eine verstärkte Zusammenarbeit geboten. Darüber hinaus muss sich das Aufgabenfeld für die Fachkräfte aus dem Bildungsbereich ändern, denn sie müssen bereit sein, eine bessere individuelle Abstimmung ihrer pädagogischen Strategien auf die Lernenden vorzunehmen, verstärkt auf digitale Technologien zu setzen und die Lernwege vielfältiger zu gestalten. Von Schulgemeinschaften wird in zunehmendem Maße erwartet, das Konzept einer „Schule“ als Institution zu überdenken und mehr darunter zu vereinen als die reine Vermittlung von Lehrplaninhalten.

Partnerschaften und Netzwerke mit Interessensvertretern und lokalen Gemeinschaften nehmen immer mehr an Bedeutung zu: Institutionen (wie beispielsweise Regierungen, Ministerien, regionale oder lokale Behörden und Schulen) organisieren sich in verschiedenen Formen und arbeiten zusammen, um sektorübergreifende Arbeitsstrukturen aufzubauen. In diesen Strukturen müssen Erkenntnisse zum globalen Ökosystem für inklusive Bildungssysteme zusammengeführt werden.

Darüber hinaus müssen die Strukturen den wichtigsten Einflussgrößen für das Lernen und für die Beteiligung auf allen Systemebenen Rechnung tragen und ferner für die Fortschritte der Lernenden sowie für die Kontinuität der Bereitstellung zwischen den einzelnen Phasen der Bildung sorgen.

In Zeiten nach der COVID-19-Pandemie ist es möglicherweise **einfacher, die Gesellschaft für die Folgen von Segregierung, Isolation und Ausschluss vom Schulsystem zu sensibilisieren**. Dies sollte einem Konzept des effektiven Wiederaufbaus nach einer Krise Vorschub leisten, bei dem der Schwerpunkt auf dem Kapazitätsaufbau für alle Interessensvertreter liegt und Daten verwendet werden, um den gerechten Zugang, Inputs und Ergebnisse für ALLE Lernenden sicherzustellen. Bei einem solchen Konzept sollte gezielt vorgegangen werden, um verschiedene Ansätze anzubieten, in die die aktuelle Lage und die Geschichte der einzelnen Länder einfließen und deren vorrangiges Ziel die kontinuierliche Verbesserung und die Bereitstellung hochwertiger, lernerzentrierter Bildung und Erziehung für alle ist.

© European Agency for Special Needs and Inclusive Education 2022

Sie können diese Veröffentlichung folgenderweise zitieren: Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung, 2022. *Position der Agentur zu inklusiven Bildungssystemen. Zweite Ausgabe*. Odense, Dänemark